



HESSISCHER LANDTAG

18. 05. 2020

Kleine Anfrage

Christiane Böhm (DIE LINKE) vom 27.02.2020

Drohende Insolvenz einer Krankenpflegeschule in Frankfurt

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Nach der Fragestellerin vorliegenden Informationen konnte eine Insolvenz der Krankenpflegeschule des Agaplesion Markus Krankenhauses Frankfurt kürzlich nur durch eine außerordentliche Mitteilung des Trägers vermieden werden. Die Geschäftsführung soll dies in einer Betriebsversammlung mitgeteilt und mit zurückgehaltenen Fördermitteln des Landes Hessen im Jahr 2019 begründet haben.

Diese Vorbemerkung der Fragestellerin vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung bezüglich der eingangs genannten Situation?
- Frage 2. Seit wann hatte die Landesregierung ggf. Kenntnis von der drohenden Insolvenz?
- Frage 3. Welche Ursachen hatte diese nach Kenntnis der Landesregierung?
- Frage 4. Wie viele Fördermittel sind in den vergangenen fünf Jahren für die Krankenpflegeschule des Agaplesion Markus Krankenhauses Frankfurt bewilligt worden?
- Frage 5. Sind Zuschüsse im Jahr 2019 zurückgehalten worden?
- Frage 6. Wenn ja, aus welchen Gründen und in welcher Höhe?

Die Fragen 1. bis 6. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Weder das für die Krankenhausversorgung einschließlich der Investitionsförderung von Ausbildungsstätten zuständige Referat des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration noch das für die Überwachung der Aus- und Weiterbildungen sowie der staatlichen Prüfungen in Pflegefachberufen zuständige Regierungspräsidium Darmstadt hatten Kenntnis von der angeblich drohenden Insolvenz der Krankenpflegeschule des Agaplesion Markus Krankenhauses Frankfurt.

Im Oktober 2018 hatte das Krankenhausreferat dem Träger der Krankenpflegeschule, der Agaplesion Frankfurter Diakonie Kliniken gGmbH in Frankfurt am Main bestätigt, dass die geplante gemeinsame Krankenpflegeschule der Frankfurter Diakonie Kliniken und des Krankenhauses Sachsenhausen grundsätzlich nach § 25 HKHG 2011 (alte Fassung) förderfähig ist. Diese Bestätigung wurde mit dem Hinweis versehen, dass eine entsprechende Förderung erst nach Prüfung der Angemessenheit der Miete und der vorgesehenen Flächen erfolgen kann und unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Haushaltsmittel durch den Haushaltsgesetzgeber steht.

Im Juni 2019 hatte die Agaplesion Frankfurter Diakonie Kliniken gGmbH bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen einen Antrag auf Mietzinsförderung eingereicht. Eine fachliche Stellungnahme zu diesem Förderantrag wurde seitens der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dem Krankenhausreferat im November 2019 zur Entscheidung über die Mietzinsförderung vorgelegt. Das Regierungspräsidium Darmstadt hat im Februar dieses Jahres die Erhöhung der staatlich anerkannten Ausbildungsplätze von 150 auf 175 Plätze zum 1. Oktober 2020 genehmigt.

Nach Auskunft der Agaplesion Frankfurter Diakonie Kliniken war die eigene Tochtergesellschaft „Agaplesion Bildungszentrum für Pflegeberufe Rhein-Main-gemeinnützige GmbH“ in Vorlage mit den bereits zu zahlenden Mietzahlungen getreten. Aufgrund der ausgebliebenen Refinanzierung sei die Gesellschaft sehr schnell in erhebliche Liquiditätsprobleme geraten; eine drohende

Insolvenz habe nur durch ein Darlehen der Agaplesion Frankfurter Diakonie Kliniken als Muttergesellschaft abgewendet werden können.

Aufgrund der Aufstockung der Ausbildungsplätze von 150 auf 175 hat die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen zwischenzeitlich ihre fachliche Stellungnahme aktualisiert. Auf der Grundlage dieser Stellungnahme wird das Hessische Ministerium für Soziales und Integration in Kürze abschließend über den Antrag auf Mietzinsförderung entscheiden.

Frage 7. Sind der Landesregierung vergleichbare Fälle anderer hessischer Krankenpflegeschulen bekannt?

Frage 8. Sieht die Landesregierung eine Gefährdung von anderen Krankenpflegeschulen in Hessen durch zurückgehaltene Fördermittel, insbesondere wenn kein großer Krankenhausträger diese ggf. überbrücken kann?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration sind weder vergleichbare Fälle noch eine Gefährdung von anderen Krankenpflegeschulen in Hessen durch zurückgehaltene Fördermittel bekannt.

Wiesbaden, 12. Mai 2020

Kai Klose